

Datum: 26. Januar 2007

GRÜNE stellen fest: Die jetzt vorgestellten Änderungen der gelben-schwarz Koalition in der Gemeindeordnung und des Kommunalwahlrechts schränken massiv die Rechte der Bürgerschaft und der Kommunen ein“ so Thomas Rommelspacher

GRÜNE: Änderung der Gemeindeordnung schlecht für Bürgerschaft und Kommunen!

(Vorstandssprecher).

Joachim Drell
Kreisgeschäftsführer
Limbecker Str. 48-50
45127 Essen
Telefon: 0201 2476433
Telefax: 0201 2476430
E-Mail: kv@gruene-essen.de
Internet: www.gruene-essen.de

Die Entkopplung von BürgermeisterInnenwahl und Kommunalwahl bei gleichzeitigem Wegfall

FDP setzt sich gegen jede kommunale Vernunft durch

der Stichwahl sorgt für mehr Wahlkämpfe und schafft demokratische Rechte der Bürger ab."

„Die Verlängerung der Amtszeit der Bürgermeister und Landräte und die Neuordnung der Entscheidungs- und Kompetenzrechte zwischen Rat und Hauptverwaltungsbeamten macht es für die ehrenamtlichen Ratsmitglieder immer schwerer die Rolle der gemeinsam von Rat und Verwaltung getragenen kommunalen Selbstverwaltung auszufüllen.“ Meinte Thomas Rommelspacher. So werden die Stimmrechte der BürgermeisterInnen deutlich ausgeweitet – in Zukunft kann der Rat nur noch im Einvernehmen oder mit einer Zwei- Drittel-Mehrheit den Geschäftskreis der Beigeordneten festlegen – bisher war das Angelegenheit des Rates. Dies verstärkt den Trend zu 'Sonnenkönigen' und schwächt die ehrenamtlichen Ratsmitglieder deutlich!"

Ganz besonders verärgert sind Die GRÜNEN über die massive Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen. „Wir rufen auch unseren Bürgermeister dazu auf, sich an massivem Widerstand der kommunalen Familie gegen diese Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung zu beteiligen!

Wenn die Pläne der gelb-schwarzen Landesregierung durchgesetzt werden bedeutet

... das unsere Stadtwerke sich in Zukunft nicht mehr neuen Aufgaben stellen können, weil sie nur noch Bestandsschutz haben

....dass wir in Zukunft weniger Möglichkeiten haben, mit den Gewinnen der Stadtwerke unseren ÖPNV (EVAG) quer zu subventionieren. Die Folge ist klar: Höhere Kosten für die Bürgerschaft in diesen Bereichen.

Fazit: Die Kommunen und ihre Bürgerschaft zahlen einen hohen Preis für die von der FDP mit brachialer Gewalt auch gegen die CDU-Basis durchgesetzte ideologische Formel 'Privat vor Staat'. "

Nachfragen richten sie bitte an Dr. Thomas Rommelspacher, 0173-5609207

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Drell